

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Etablierung einer Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept für eine unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende unter Beteiligung der Gewerkschaften bis zum 30. September 2025 zu erarbeiten und dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. Das Ziel ist eine zeitnahe Einsetzung der Beschwerde- und Beratungsstelle durch einen Träger. Die Fachaufsicht soll bei der Abteilung Arbeit der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung angesiedelt sein. Die Beratung muss grundsätzlich vertraulich erfolgen und soll auch anonym möglich sein.

Begründung:

Verschiedene Probleme können während einer Ausbildung für junge Erwachsene auftreten und oftmals wissen diese nicht, an welche Stelle sie sich wenden und wo sie entsprechende Hilfe erhalten können. Die unabhängige zentrale Beschwerde- und Beratungsstelle für Auszubildende soll als hier als Anlaufstelle dienen. Bei den auftretenden Problemen kann es sich um Organisationsschwierigkeiten oder Konflikte mit Personen in der Schule oder im Ausbildungsbetrieb handeln, aber auch im persönlichen Bereich liegen, wie finanzielle Not oder gesundheitliche Einschränkungen. Hier gilt es die Auszubildenden zu unterstützen und ihnen lösungsorientierte Wege aufzuzeigen, um diesen zu ermöglichen ihre Ausbildung erfolgreich weiterführen und beenden zu können.

Berlin, den 7. Januar 2025

Stettner Prof. Dr. Pätzold
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Meyer
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD